

MAGDALENA JANUSZKIEWICZ

# Vertrag und Delikt in der europäischen Zuständigkeitsordnung

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

530

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

530

Herausgegeben vom  
Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktorium:  
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röhmel





Magdalena Januszkiewicz

Vertrag und Delikt in  
der europäischen Zuständigkeitsordnung

Mohr Siebeck

*Magdalena Januszkiewicz*, geboren 1993; Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen; Erstes Juristisches Staatsexamen; Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2023 Promotion (München); Rechtsreferendariat am Landgericht München I.  
orcid.org/0009-0009-6009-8648

Diss., Ludwig-Maximilians-Universität München, 2023.

ISBN 978-3-16-163960-9 / eISBN 978-3-16-163961-6  
DOI 10.1628/978-3-16-163961-6

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441  
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt.

Printed in Germany.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2023/2024 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Die mündliche Doktorprüfung fand am 23. November 2023 statt. Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung konnten bis einschließlich Dezember 2022 berücksichtigt werden.

Mein besonderer und herzlicher Dank gilt Herrn Prof. Dr. Andreas Spickhoff, der diese Arbeit betreut und meinen Werdegang seit Beginn meines Studiums begleitet hat. Mit seiner freundlichen und humorvollen Art hat er mir stets die nötige Unterstützung, aber auch hinreichend Freiraum bei meiner Promotion gewährt.

Prof. Dr. Beate Gsell danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und ihre hilfreichen Hinweise.

Mein Dank gilt weiterhin den Herausgebern am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Dem Cusanuswerk danke ich für die ideelle und finanzielle Förderung durch ein Stipendium sowohl während meines Studiums als auch während meiner Promotion. Diese langjährige Begleitung hat maßgeblich zu meinem akademischen Werdegang beigetragen.

Darüber hinaus möchte ich mich bei der Studienstiftung *ius vivum* sowie dem Alumni- und Förderverein der Juristischen Fakultät der LMU München e.V. für die finanzielle Unterstützung durch Druckkostenstipendien bedanken.

Nicht minder wichtig war die Unterstützung durch meine Kolleginnen am Lehrstuhl, die mir nicht nur fachlich, sondern auch persönlich stets zur Seite standen. Die zahlreichen Gespräche und die anregenden Diskussionen haben wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Besonders bedanke ich mich bei Silvia Deuring, Sarah Göpfert und Philine Diesselhorst für ihre wertvollen Korrekturen und Anmerkungen.

München, im August 2024

*Magdalena Januszkiewicz*



## Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Einleitung.....	1
A. Problemaufriss.....	1
B. Forschungsfrage und Gang der Untersuchung.....	3
Kapitel 1: Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung.....	5
A. Zentrale Entscheidungen des EuGH.....	7
B. Meinungsstand zum Exklusivitätsverhältnis .....	25
Kapitel 2: Interessenanalyse der europäischen Zuständigkeitsordnung.....	29
A. Historische Entwicklung der kontinentaleuropäischen Zuständigkeitssysteme .....	30
B. Zuständigkeitsordnung des englischen common law.....	47
C. Zuständigkeitsordnung der EuGVVO .....	58
D. Ergebnisse.....	109
Kapitel 3: Dogmatische Grundlagen der funktionalen Qualifikation.....	110
A. Vorbemerkung: Zum Begriff der Qualifikation.....	111
B. Qualifikationsmethode .....	112
C. Einheitlicher Qualifikationsgegenstand? .....	120
D. Vertrag und Delikt im europäischen IPR.....	147
E. Ergebnisse .....	169



Kapitel 4: Ziel der umfassenden Prüfungsbefugnis.....	170
A. Vorbemerkung: „Lösung“ auf Qualifikations- oder Kognitionsebene? .	171
B. Kognitionsebene.....	173
C. Ergebnisse .....	227
 Kapitel 5: Verhältnis von Vertrag und Delikt im materiellen Recht.....	 228
A. Vorbemerkung: Zum Begriff der Dichotomie.....	229
B. Rechtshistorische Entwicklung der Vertrags- und Deliktshaftung .....	233
C. Rechtsvergleichende Untersuchung der Vertrags- und Deliktshaftung – Einführung und Methodik .....	266
D. Die Haftungsordnungen Deutschlands und Frankreichs als Gegenkonzepte.....	269
E. Andere Rechtsordnungen zwischen „französischer“ und „deutscher“ Lösung .....	296
F. Vergleich der untersuchten Rechtsordnungen .....	358
G. Übertragbarkeit des Prinzips des non-cumul auf die EuGVVO? .....	395
H. Ergebnisse.....	398
 Kapitel 6: Ansätze zur Abgrenzung von Vertrag und Delikt ....	399
A. Untersuchung der Ansätze in Rechtsprechung und Literatur.....	399
B. Eigener Ansatz zur Abgrenzung der Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO.....	468
C. Ergebnisse .....	509
 Wesentliche Ergebnisse.....	511
A. Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung .....	511
B. Interessenanalyse der europäischen Zuständigkeitsordnung .....	512
C. Dogmatische Grundlagen der funktionalen Qualifikation .....	513
D. Ziel der umfassenden Prüfungsbefugnis.....	515
E. Verhältnis von Vertrag und Delikt im materiellen Recht .....	516
F. Ansätze zur Abgrenzung von Vertrag und Delikt .....	518
 Quellenverzeichnis .....	521
Sachregister .....	551

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Einleitung.....	1
<i>A. Problemaufriss</i> .....	1
<i>B. Forschungsfrage und Gang der Untersuchung</i> .....	3
Kapitel 1: Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung .....	5
<i>A. Zentrale Entscheidungen des EuGH</i> .....	7
I. Vertrag i.S.d. Art. 7 Nr. 1 EuGVVO.....	7
1. Freiwillig eingegangene Verpflichtung .....	7
2. „Ansprüche aus einem Vertrag“ .....	10
II. Unerlaubte Handlung i.S.d. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO.....	10
III. Abgrenzung des Vertrags- und Deliktsgerichtsstands .....	11
1. Entscheidung <i>Kalfelis</i> .....	11
a) Sachverhalt und Entscheidung.....	11
b) Rezeption .....	12
2. Entscheidung <i>Brogitter</i> .....	12
a) Sachverhalt und Entscheidung.....	12
b) Rezeption .....	14
aa) Kritik aus der Literatur.....	14
bb) „Maximalistische“ und „minimalistische Lesart“ des Urteils .....	15
cc) Hintergrund: Linie der Generalanwälte vor der <i>Brogitter</i> - Entscheidung .....	17
3. Entscheidung <i>Wikingerhof</i> .....	20
a) Sachverhalt und Entscheidung.....	20

b) Rezeption .....	21
aa) Kein Vorrang des Vertragsgerichtsstands .....	22
bb) Deliktische Qualifikation im konkreten Fall .....	23
cc) Unklarheiten .....	24
(1) Exklusivitätsverhältnis .....	24
(2) „Sich-Berufen“ auf eine Zuständigkeitsregel durch den Kläger .....	25
 B. Meinungsstand zum Exklusivitätsverhältnis .....	25
I. Exklusivitätstheorie: Einheitliche Qualifikation .....	26
II. Kumulationstheorie: Wahlrecht .....	27
  Kapitel 2: Interessenanalyse der europäischen Zuständigkeitsordnung .....	29
 A. Historische Entwicklung der kontinentaleuropäischen Zuständigkeitsysteme .....	30
I. Römisches Recht .....	30
1. <i>Actor sequitur forum rei</i> .....	31
a) Hintergründe .....	31
aa) Beschränkung der <i>iurisdictio</i> .....	32
bb) Erforderlichkeit der Mitwirkung des Beklagten .....	33
cc) Haftung als Zugriffsrecht .....	34
b) Zweck des allgemeinen Gerichtsstands .....	34
2. <i>Forum contractus</i> .....	35
3. <i>Forum delicti commissi</i> .....	36
4. Würdigung .....	38
II. Mittelalter .....	39
1. Allgemeiner Gerichtsstand .....	39
2. Vertrags- und Deliktgerichtsstand .....	39
3. Würdigung .....	40
III. Von der frühen Neuzeit bis zu den Kodifikationen .....	40
1. Allgemeiner Gerichtsstand .....	40
2. Vertrags- und Deliktgerichtsstand .....	41
IV. Rechtslage vor europäischer Rechtsvereinheitlichung .....	43
1. Vielzahl von Rechtsquellen .....	43
2. <i>Jenard</i> -Bericht .....	44
3. Würdigung .....	45
V. Schlussfolgerungen .....	46

<i>B. Zuständigkeitsordnung des englischen common law</i> .....	47
I. Zuständigkeitsbegründung durch Zustellung der Klageschrift.....	49
1. Entwicklung des Grundsatzes der Zustellung im Inland ( <i>service within the UK</i> ) .....	49
a) Überblick über die Entwicklung des <i>common law</i> .....	50
b) Hintergrund der Unterschiede zum Zuständigkeitsrecht des <i>civil law</i> .....	51
2. Zustellung im Ausland ( <i>service out of the jurisdiction</i> ).....	52
a) Beklagtenwohnsitz .....	53
b) <i>Claims in relation to contracts und claims in tort</i> .....	53
II. <i>Forum non conveniens</i> -Lehre.....	54
1. Ermessen der englischen Gerichte.....	54
2. Übertragbarkeit auf die EuGVVO? .....	55
a) Fehlende Rechtssicherheit .....	55
b) Offenes vs. geschlossenes System.....	56
III. Schlussfolgerungen.....	57
 <i>C. Zuständigkeitsordnung der EuGVVO</i> .....	 58
I. Vorbemerkung: Restriktive Auslegung besonderer Gerichtsstände .....	60
1. Konkrete Folgen restriktiver Auslegung.....	60
2. Kein Grundsatz enger Auslegung von Ausnahmen.....	62
a) Wortlaut, Systematik bzw. Erwägungsgründe der EuGVVO .....	62
b) <i>Singularia non sunt extendenda?</i> .....	63
3. Zwischenergebnis .....	65
II. Allgemeiner Gerichtsstand.....	65
1. Interesse an der Prozessführung im Inland .....	66
a) Vorbemerkung: Objektive und subjektive Interessen.....	66
b) Nachteile der Gerichtspflichtigkeit im Ausland.....	67
c) Relativierung der Nachteile .....	69
d) Verbleibende Bedeutung des „Heimatgerichtstands“.....	71
2. Besondere Schutzwürdigkeit des Beklagten .....	72
a) Rechtshistorische und -vergleichende Perspektive.....	73
b) Materiell-rechtliche Erwägungen .....	73
c) Prozessuale Erwägungen .....	74
3. Schutz von Klägerinteressen durch den allgemeinen Gerichtsstand.....	76
4. Ergebnis.....	78
III. Vertrags- und Deliktgerichtsstand.....	78
1. Lokalisierung am Klägerwohnsitz? .....	78
a) Begriff des „Klägergerichtsstands“.....	78
b) Vertragsgerichtsstand.....	80
aa) Erfüllungsort nach lit. a).....	80
bb) Erfüllungsort nach lit. b).....	83

- c) Deliktsgerichtsstand ..... 85
  - aa) Handlungsort..... 86
  - bb) Erfolgsort ..... 86
- d) Ergebnis ..... 88
- 2. Schutz von Klägerinteressen als Zweck?..... 89
  - a) Deliktsgerichtsstand als „Geschädigtenprivileg“?..... 89
    - aa) Materiell-rechtliche Erwägungen ..... 90
    - bb) Prozessuale Erwägungen ..... 90
      - (1) Keine schwächere Partei ..... 90
      - (2) Ubiquitätsprinzip ..... 92
        - (a) Relativierung des Ubiquitätsprinzips ..... 92
        - (b) *Forum shopping* ..... 93
        - (c) Klägerschutz als Nebenfolge ..... 93
  - b) Zwecke des Vertrags- und Deliktsgerichtsstands..... 94
    - aa) Vorhersehbarkeit..... 95
      - (1) Begünstigung des Klägers? ..... 95
      - (2) Vorhersehbarkeit des Erfüllung- und Tatorts ..... 96
    - bb) Beweisnähe..... 98
      - (1) Bedeutung der Beweisnähe ..... 98
      - (2) Begünstigung des Klägers? ..... 99
      - (3) Sach- und Beweisnähe des Erfüllungsortes ..... 99
        - (a) Materiell-rechtlicher Leistungsort ..... 100
        - (b) Fehlende Sachnähe..... 101
        - (c) Abhängigkeit vom Streitgegenstand ..... 101
        - (d) Typisierung ..... 102
          - (aa) Spannungsverhältnis zur Vorhersehbarkeit..... 103
          - (bb) Anknüpfung an den Erfüllungsort als Kompromiss ..... 104
        - (4) Beweisnähe des Tatortes..... 105
      - cc) Vergleich der beiden Gerichtsstände ..... 107
      - dd) Zwischenergebnis ..... 107
  - 3. Ergebnis ..... 108
  - IV. Schlussfolgerungen ..... 108
  - D. Ergebnisse*..... 109
  
  - Kapitel 3: Dogmatische Grundlagen der funktionalen Qualifikation..... 110**
    - A. Vorbemerkung: Zum Begriff der Qualifikation*..... 111

<i>B. Qualifikationsmethode</i> .....	112
I. Einteilung der Qualifikationsmethoden .....	112
1. Sachrechtlich orientierte Qualifikationsmethoden .....	113
a) Qualifikation <i>lege fori</i> .....	113
b) Qualifikation <i>lege causae</i> .....	114
c) Rechtsvergleichende Qualifikation .....	114
2. Funktionale (teleologische) Qualifikation .....	115
II. Qualifikationsmethode bei Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO .....	118
III. Schlussfolgerungen .....	120
 <i>C. Einheitlicher Qualifikationsgegenstand?</i> .....	 120
I. Struktur von Kollisions- und Zuständigkeitsnormen .....	121
1. Kollisionsnormen .....	122
a) Tatbestands- und Rechtsfolgende .....	122
b) Primäre und sekundäre Qualifikation .....	123
c) Begriff der Doppelqualifikation .....	124
aa) Doppelqualifikation auf der Tatbestandsseite .....	124
bb) Doppelqualifikation auf der Rechtsfolgende .....	125
2. Zuständigkeitsnormen .....	125
II. Qualifikationsgegenstand .....	126
1. Diskutierte Qualifikationsgegenstände .....	126
a) Lebenssachverhalt .....	127
b) Sachnormen .....	128
c) Abstufungen .....	129
aa) Rechtsinstitute und Rechtsverhältnisse .....	129
bb) Rechtsfragen bzw. Rechtsbegehren .....	129
d) Würdigung .....	130
2. Konkretisierung des Qualifikationsgegenstandes .....	130
a) Parallele Diskussion um den Anspruchsbegriff .....	132
aa) Grundriss der historischen Entwicklung des Anspruchsbegriffs .....	132
bb) Materiell-rechtlicher Anspruchsbegriff .....	133
(1) Anspruchskonkurrenz und Anspruchsnormenkonkurrenz ..	133
(2) Würdigung .....	134
(a) Gegenseitige Beeinflussung .....	134
(b) Isolierte Abtretbarkeit .....	135
(c) Übereinstimmung mit dem prozessualen Anspruchsbegriff .....	135
b) Enger oder weiter Qualifikationsgegenstand? .....	137
aa) Qualifikationsgegenstand der Exklusivitätstheorie .....	137
(1) Prozessualer Anspruchsbegriff (Anspruchsnormenkonkurrenz)? .....	137

(2) „Der umfassende Schadensersatzanspruch“ .....	138
bb) Qualifikationsgegenstand der Kumulationstheorie .....	139
(1) Materiell-rechtlicher Anspruch (Anspruchskonkurrenz)?...	140
(2) Anspruch i.S.v. Anspruchsgrund.....	140
cc) Zwischenergebnis .....	142
c) Relevanz der geltend gemachten Vorschriften.....	142
aa) Geltend gemachte Vorschriften als „Brille“ .....	142
bb) „Sich-Berufens-Erfordernis“ .....	144
cc) Zwischenergebnis .....	147
III. Schlussfolgerungen.....	147
<i>D. Vertrag und Delikt im europäischen IPR</i> .....	147
I. Gleiches Verständnis von „Vertrag“ und „unerlaubter Handlung“ im IPR und IZPR? .....	148
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede (Frage des „Ob“)... ..	149
a) Unterschiedliche Anknüpfungspunkte und Anwendungsbereiche .....	149
b) Ziele und Interessen .....	150
aa) Engste Verbindung vs. mehrere Gerichtsstände.....	150
bb) Kollisions- und zuständigkeitsrechtliche Interessen.....	151
2. Umsetzbarkeit des Gleichlaufs (Frage des „Wie“)... ..	152
a) Gleichlauf mit der Qualifikation oder der Rechtsfolge?.....	152
b) Andere Kategorien in der Rom II-VO .....	153
3. Ergebnis.....	155
II. Lösungen der Konkurrenzproblematik im IPR .....	155
1. Problemaufriss .....	155
2. Einheitliche Qualifikation .....	157
3. Vertragsakzessorische Anknüpfung gem. Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO.....	159
a) Keine Anwendbarkeit bei einheitlicher Qualifikation .....	159
b) Verbleibender Anwendungsbereich?.....	161
4. Anpassung .....	163
a) Reichweite der Verweisung.....	164
aa) Dieselbe lex causae .....	165
bb) Unterschiedliche leges causae.....	165
b) Sachrechtliche Anpassung.....	167
5. Ergebnis.....	168
III. Schlussfolgerungen.....	169
<i>E. Ergebnisse</i> .....	169

Kapitel 4: Ziel der umfassenden Prüfungsbefugnis.....	170
A. Vorbemerkung: „Lösung“ auf Qualifikations- oder Kognitionsebene? ..	171
B. Kognitionsebene.....	173
I. Gleichlauf zwischen örtlicher und internationaler Zuständigkeit im nationalen Recht .....	173
1. Doppelfunktionalität .....	174
2. § 17 Abs. 2 S. 1 GVG analog.....	174
3. Ergebnis.....	176
II. Privilegierung des Vertragsgerichtsstands? .....	176
1. Einklang mit Urteil <i>Brogstetter</i> und <i>Kalfelis</i> ? .....	176
2. „Prägung“ durch den Vertrag .....	177
3. Vertragsakzessorische Anknüpfung .....	177
4. Gleichlauf mit dem Verbrauchergerichtsstand.....	178
a) Rechtsprechung des EuGH.....	178
aa) Rechtssache <i>Gabriel</i> .....	178
bb) Rechtssache <i>Reliantco Investments</i> .....	179
cc) Zwischenergebnis .....	181
b) Umfassende Kognitionsbefugnis in den Gerichtsständen zum Schutz des Schwächeren?.....	181
c) Übertragbarkeit auf den Vertragsgerichtsstand? .....	184
5. Ergebnis.....	184
III. Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs .....	184
1. Wortlaut.....	185
2. Systematik .....	186
a) „Aushöhlung“ des allgemeinen Gerichtsstands?.....	186
b) Umkehrschluss aus Art. 8 und 30 EuGVVO? .....	186
aa) Gerichtsstände des Sachzusammenhangs gem. Art. 8 EuGVVO .....	187
bb) Aussetzung des Verfahrens gem. Art. 30 EuGVVO .....	187
3. Zuständigkeitsspezifische Interessen und Zwecke.....	188
a) (Partei-)Interesse an Prozessökonomie .....	188
b) Beweisnähe .....	190
4. Streitgegenstand und seine Auswirkungen .....	190
a) Einheitlicher Streitgegenstand.....	191
aa) Streitgegenstandstheorien.....	192
(1) Kernpunkttheorie des EuGH .....	192
(a) Voraussetzungen .....	192
(b) Ein- oder mehrere Streitgegenstände? .....	193
(c) Hintergrund der Kernpunkttheorie.....	193
(2) Rechtslage im deutschen Recht.....	194



(a) Streitgegenstandstheorien .....	194
(b) Ein oder mehrere Streitgegenstände? .....	195
bb) Würdigung .....	197
(1) „Reprimitivisierung des Streitgegenstandsbegriffs“ .....	198
(2) Bestimmung der anwendbaren Rechtsvorschriften .....	198
(a) Dieselbe <i>lex causae</i> .....	198
(b) Unterschiedliche <i>leges causae</i> .....	199
cc) Zwischenergebnis .....	200
b) Vermeidung sich widersprechender Entscheidungen .....	200
aa) Rechtshängigkeitssperre .....	201
bb) Rechtskraftfragen .....	202
(1) Zulässigkeit erneuter Klage .....	202
(2) Erstreckung der Rechtskraft auf Vorfragen .....	204
(a) Problemaufriss .....	204
(b) Rechtssache <i>Gothaer Allgemeine Versicherung</i> .....	206
(aa) Übertragbarkeit auf Sachentscheidungen .....	206
(bb) Vorfragenproblematik .....	207
(cc) Faktische Verweisung .....	208
(c) Folgen für die Reichweite die Kognitionsbefugnis .....	209
c) Ergebnis .....	211
5. Gefahr der Zuständigkeitserschleichung .....	211
a) Problemaufriss .....	211
b) Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen .....	212
aa) Anwendung auf europäischer Ebene? .....	213
bb) Begründung .....	215
(1) Prozessökonomie .....	215
(2) Beklagtenschutz .....	216
(a) Deutsches Recht .....	216
(b) Entscheidungen ausländischer Gerichte .....	217
cc) Kritik an der Doppelrelevanz .....	218
(1) Doppelrelevanz für die Sachrechtsprüfung .....	219
(2) Doppelrelevanz für die kollisionsrechtliche Prüfung .....	220
dd) Alternativen zur Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen .....	221
c) Lösungen der Problematik .....	223
aa) Geringe praktische Relevanz der Zuständigkeitserschleichung .....	223
bb) Objektive Kriterien für die Qualifikation .....	224
cc) Beweiserhebung im Laufe des Verfahrens .....	225
d) Ergebnis .....	226
IV. Schlussfolgerungen .....	226
<i>C. Ergebnisse</i> .....	227

Kapitel 5: Verhältnis von Vertrag und Delikt im materiellen Recht.....	228
A. Vorbemerkung: Zum Begriff der Dichotomie.....	229
I. Komplementäre, konträre und Mischkategorien .....	229
II. Nützlichkeit von Dichotomien .....	231
B. Rechtshistorische Entwicklung der Vertrags- und Deliktshaftung .....	233
I. Antike .....	234
1. Zweiteilung der Haftungsordnung? .....	234
a) <i>Aristoteles</i> .....	234
b) <i>Gaius</i> .....	235
c) <i>Justinian</i> .....	236
d) Dialektik vs. aktionsrechtliches Denken.....	237
2. Obligationen .....	238
a) Begriff der <i>obligatio</i> .....	238
b) <i>Obligationes ex contractu</i> .....	238
c) <i>Obligationes ex delicto</i> .....	240
aa) Römisches Strafrecht .....	240
bb) <i>Lex Aquilia</i> .....	241
cc) Geltendmachung .....	241
3. Aktionenkonkurrenz.....	243
4. Ergebnis.....	245
II. Mittelalter .....	245
1. Stammesrechte.....	245
2. Glossatoren und Kommentatoren .....	247
a) Vertragsrecht.....	248
b) Deliktsrecht.....	248
3. Ergebnis.....	249
III. Neuzeit .....	250
1. Generalklauseln der naturrechtlichen Kodifikationen.....	250
a) Humanismus, <i>usus modernus</i> und die Naturrechtsepoche.....	250
b) Vertragsbegriff.....	251
c) Haftungsrechtliche Generalklausel .....	252
d) Abgrenzung von Vertrag und Delikt .....	254
e) Ergebnis.....	256
2. Haftungsdichotomie in der Pandektistik und im BGB .....	256
a) Historische Rechtsschule und Pandektistik.....	256
b) Vertragliche Haftung.....	257
aa) Obligationenrecht <i>Savignys</i> .....	257
bb) Struktur des Leistungsstörungsrechts.....	258

cc) Erweiterungen des Vertragsrechts .....	259
c) Deliktische Haftung.....	260
aa) Verschuldensprinzip.....	260
bb) Drei „kleine Generalklauseln“ .....	261
d) Ergebnis.....	262
3. Haftungserweiterungen im 20. Jahrhundert .....	263
IV. Schlussfolgerungen .....	264
<i>C. Rechtsvergleichende Untersuchung der Vertrags- und Deliktshaftung</i>	
– Einführung und Methodik .....	266
I. Einführung .....	266
II. Methodik .....	267
1. Arbeitsthesen .....	267
2. Auswahl der Rechtsordnungen.....	268
<i>D. Die Haftungsordnungen Deutschlands und Frankreichs als</i>	
<i>Gegenkonzepte</i> .....	269
I. Deutschland .....	269
1. Anspruchskonkurrenz .....	269
2. Struktur des Haftungsrechts .....	272
a) Deliktische Haftung.....	272
b) Vertragliche Haftung.....	274
aa) Wesentliche Vorteile gegenüber dem Deliktsrecht .....	274
bb) Schutzpflichten.....	274
3. Auswertung.....	275
II. Frankreich.....	276
1. Vorbemerkung: Reformen.....	276
2. Länderbericht.....	277
a) Ein Urteil zum Einstieg .....	277
b) <i>Principe du non-cumul</i> .....	278
c) Struktur des Haftungsrechts.....	279
aa) Außervertragliche Haftung.....	279
(1) Generalklausel .....	280
(2) Sachhalterhaftung .....	282
(3) Haftung für Dritte .....	283
(4) Vorvertragliche Haftung .....	284
bb) Vertragliche Haftung .....	284
(1) Voraussetzungen.....	284
(2) <i>Obligations de sécurité</i> .....	286
(3) Haftungsbeschränkungen .....	287
cc) Unitätslehre: Konzept einheitlicher Haftung .....	288
d) Durchbrechungen des Prinzips des <i>non-cumul</i> .....	288

aa) Rein außervertraglich qualifizierte Fälle .....	289
bb) Kombinierte Lösungen .....	290
(1) Körperschäden .....	290
(2) Haftung gegenüber Dritten .....	292
cc) Wahlrecht des Gläubigers .....	293
(1) Arglist und grobe <i>faute</i> ? .....	293
(2) Straftaten? .....	294
3. Auswertung .....	295
<i>E. Andere Rechtsordnungen zwischen „französischer“ und „deutscher“</i>	
<i>Lösung</i> .....	296
I. Spanien .....	297
1. Historischer Hintergrund .....	297
2. Länderbericht .....	298
a) Ein Urteil zum Einstieg .....	298
b) Konkurrenzen .....	298
aa) Überblick über die Haftungsarten .....	298
bb) Wahlrecht zwischen vertraglicher zur außervertraglicher	
Haftung .....	299
cc) Verhältnis der Haftung nach dem Código Civil und Código	
Penal .....	301
c) Struktur des Haftungsrechts .....	302
aa) Außervertragliche Haftung und Haftung <i>ex delicto</i> .....	302
(1) Außervertragliche Generalklausel .....	302
(2) Unterschiede zur Haftung <i>ex delicto</i> .....	303
bb) Vertragliche Haftung .....	304
3. Auswertung .....	304
II. Belgien .....	305
1. Historischer Hintergrund und Reformen .....	305
2. Länderbericht .....	307
a) Ein Urteil zum Einstieg .....	307
b) (Eingeschränktes) Wahlrecht zwischen vertraglichen und	
deliktischen Ansprüchen .....	308
aa) Entwicklung der Rechtsprechung .....	308
bb) Reformentwurf: Prinzip der Anspruchskonkurrenz .....	309
c) Struktur des Haftungsrechts .....	311
aa) Außervertragliche Haftung .....	311
(1) Generalklausel .....	311
(2) Sonstige Tatbestände .....	312
bb) Vertragliche Haftung .....	312
3. Auswertung .....	313

III. Italien .....	314
1. Historischer Hintergrund und Reformbestrebungen .....	314
2. Länderbericht .....	316
a) Ein Urteil zum Einstieg .....	316
b) Anspruchskonkurrenz .....	316
aa) Begründung .....	317
bb) Voraussetzungen .....	318
cc) Ausgewählte Fallgruppen .....	318
c) Struktur des Haftungsrechts .....	319
aa) Deliktische Haftung .....	319
(1) Generalklausel .....	319
(2) Sonstige Tatbestände .....	320
(3) Rein deliktisch qualifizierte Fälle .....	322
bb) Vertragliche Haftung .....	323
(1) Beweislast für das Verschulden .....	323
(2) Haftungsbeschränkungen .....	324
(3) Umfang des ersatzfähigen Schadens .....	324
3. Auswertung .....	325
IV. Polen .....	326
1. Historischer Hintergrund .....	326
2. Länderbericht .....	327
a) Ein Urteil zum Einstieg .....	327
b) Wahlrecht zwischen vertraglichen und deliktischen Ansprüchen .....	328
c) Struktur des Haftungsrechts .....	330
aa) Deliktische Haftung .....	330
(1) Generalklausel .....	330
(2) Sonstige Tatbestände .....	332
bb) Vertragliche Haftung .....	333
3. Auswertung .....	335
V. Niederlande .....	336
1. Historischer Hintergrund .....	336
2. Länderbericht .....	337
a) Ein Urteil zum Einstieg .....	337
b) Anspruchskonkurrenz .....	338
c) Struktur des Haftungsrechts .....	338
aa) Deliktische Haftung .....	338
(1) Grundnorm .....	338
(2) Sonstige Tatbestände .....	340
bb) Vertragliche Haftung .....	341
3. Auswertung .....	342
VI. Österreich .....	343
1. Historischer Hintergrund .....	343
2. Länderbericht .....	344

a) Ein Urteil zum Einstieg .....	344
b) Anspruchskonkurrenz .....	345
c) Struktur des Haftungsrechts.....	346
aa) Deliktische Haftung .....	346
(1) Generaltatbestände.....	346
(2) Sonstige Tatbestände .....	348
bb) Vertragliche Haftung .....	349
(1) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur deliktischen Haftung.....	349
(2) Erweiterungen der Vertragshaftung .....	351
3. Auswertung.....	351
VII. Exkurs: Vereinheitlichungsprojekte .....	352
1. Principles of European Tort Law (PETL).....	353
a) Hintergrund und Grundstrukturen.....	353
b) Konkurrenzfrage .....	354
2. Draft Common Frame of Reference (DCFR).....	355
a) Hintergrund und Grundstrukturen.....	355
b) Konkurrenzfrage .....	356
3. Auswertung.....	357
<i>F. Vergleich der untersuchten Rechtsordnungen .....</i>	<i>358</i>
I. Strukturen des Haftungsrechts im Vergleich .....	358
1. Echte oder „kleine“ Generalklausel(n) .....	358
a) Problematik: Ersatz reiner Vermögensschäden – Überprüfung der These.....	358
b) Überblick über die Rechtsordnungen .....	360
aa) Echte Generalklausel.....	360
bb) Die drei „kleinen Generalklauseln“.....	360
cc) Mittelwege.....	361
dd) Zwischenergebnis .....	363
2. Erweiterungen der Haftung .....	363
3. Vor- und Nachteile vertraglicher und deliktischer Haftung .....	364
a) Haftungsvoraussetzungen.....	364
aa) Haftung für eigenes Verhalten.....	364
(1) Verschuldenshaftung .....	365
(2) Gefährdungshaftung.....	366
(3) Funktionen der Haftung und Verhältnis zum Strafrecht .....	368
bb) Haftung für Dritte .....	369
cc) Haftungsbeschränkung oder -ausschluss .....	370
b) Umfang des Ersatzes .....	371
c) Verjährung .....	371
d) Ergebnis.....	372

II. Lösungen der Konkurrenzfrage im Vergleich .....	373
1. Überblick über die Rechtsordnungen .....	373
2. Ausgestaltung der Anspruchskonkurrenz .....	375
3. Gründe für unterschiedliche Lösungen der Konkurrenzfrage .....	377
a) Struktur des Haftungsrechts (Verifizierung der Arbeitsthesen).....	377
aa) Ersatz reiner Vermögensschäden.....	378
(1) Lösungen auf der Tatbestands- und Konkurrenzebene .....	378
(2) Folgen für das Verhältnis von Vertrag und Delikt.....	380
bb) Enges Deliktsrecht vs. Generalklausel .....	381
b) Weitere Gründe .....	382
aa) Historische Entwicklung .....	383
bb) Abwägung der Gläubiger- und Schuldnerinteressen.....	384
cc) Dichotomie von Vertrag und Delikt?.....	385
c) Zwischenergebnis.....	387
III. Abgrenzung von Vertrag und Delikt .....	388
1. Abgrenzungskriterien.....	388
2. Begriff des „Zwischenbereichs“ .....	389
3. Einheitliche Qualifikation – Fallgruppen.....	390
4. Anspruchskonkurrenz – Fallgruppen.....	392
IV. Schlussfolgerungen .....	394
<i>G. Übertragbarkeit des Prinzips des non-cumul auf die EuGVVO?</i> .....	395
I. Materiell-rechtliche Legitimation .....	395
II. Ausnahmen vom Prinzip des <i>non-cumul</i> .....	395
1. Gerichtsstand des Adhäsionsverfahrens, Art. 7 Nr. 3 EuGVVO .....	396
2. Pauschaler Vorrang? .....	396
3. Einheitliche Qualifikation .....	397
III. Ergebnis .....	398
<i>H. Ergebnisse</i> .....	398
Kapitel 6: Ansätze zur Abgrenzung von Vertrag und Delikt ....	399
A. Untersuchung der Ansätze in Rechtsprechung und Literatur.....	399
I. Pflichtentypologische Abgrenzungstheorien.....	400
1. Privatautonomie oder Gesetz.....	401
a) Abgrenzungsformel.....	401
b) Begründung.....	401
aa) Übereinstimmung mit der EuGH-Rechtsprechung.....	401
bb) Rechtshistorischer Hintergrund.....	402
cc) Parteiautonomie als „Eckstein“ der Rom I-VO.....	403

dd) Konkretisierungen der Abgrenzungsformel .....	403
ee) Ausgewählte Fallgruppen.....	404
(1) Abbruch von Vertragsverhandlungen.....	404
(2) Vorvertragliche Täuschung.....	405
(3) Schutzpflichten .....	406
(4) Arzthaftung.....	407
c) Kritik.....	407
aa) Unbestimmtheit des Kriteriums der „Freiwilligkeit“ .....	407
bb) Vertragliche Haftung als unfreiwillige Haftung .....	408
cc) Vertragliche Modifikation gesetzlicher Pflichten .....	409
dd) Vertragliche Haftung als gesetzliche Haftung .....	410
ee) Überflüssigkeit des Kriteriums des „Gesetzes“ .....	411
d) Ergebnis.....	411
2. Relative oder absolute Pflichten.....	412
a) Abgrenzungsformel.....	412
b) Begründung.....	412
aa) Rechtsvergleichender Hintergrund .....	412
bb) Differenzierung zwischen Sonder- und Zufallskontakt .....	413
cc) „Individualisierung“ und „Verstärkung“ allgemeiner Rechtspflichten .....	413
dd) „Wesensunterschied“ zwischen vertraglichen und deliktischen Pflichten.....	414
ee) Ausgewählte Fallgruppen.....	415
c) Kritik.....	417
aa) Konzept der allgemeinen Rechtspflicht .....	417
(1) Unklarer Begriff .....	417
(a) Pflicht zum Unterlassen von Rechts(guts)verletzungen .	417
(b) Allgemeine Sorgfaltspflicht.....	418
(c) Verbot der Verletzung deliktsrechtlicher Vorschriften ..	418
(d) Grundsatz des <i>neminem laedere</i> .....	419
(2) Vielzahl individueller Einzelpflichten.....	420
(a) Kein „Anspruch gegen jedermann“ .....	420
(b) Kein Anspruch der Allgemeinheit .....	421
(c) Konstruiertheit allgemeiner Rechtspflichten.....	421
bb) Keine hinreichende Begründung für Anspruchskonkurrenz ...	422
(1) Keine „Individualisierung“ oder „Verstärkung“ .....	422
(2) Kein „Wesensunterschied“ zwischen vertraglichen und deliktischen Pflichten .....	423
d) Ergebnis.....	424
3. Transaktionsspezifische oder nicht transaktionsspezifische Pflichten .....	424
a) Abgrenzungsformel.....	424
b) Begründung.....	425



aa) Ausgangspunkt: Ökonomischer Vertragsbegriff.....	425
bb) Erwägungsgrund 30 der Rom II-VO .....	425
cc) Ausgewählte Fallgruppen.....	427
c) Kritik.....	428
aa) Ökonomischer Vertragsbegriff.....	428
bb) Kriterium des Transaktionsbezugs .....	430
cc) Kein Gleichlauf mit dem Kollisionsrecht .....	430
d) Ergebnis.....	431
II. Schadenstypologische Abgrenzungstheorien.....	431
1. Reine Vermögensschäden oder Personen- und Sachschäden .....	432
a) Abgrenzungsformel.....	432
b) Begründung.....	432
aa) Gefahr der Aushöhlung des Vertragsrechts .....	433
bb) Sach- und Personenschäden als deliktstypische Schäden .....	433
cc) Bestimmung des Erfolgsortes bei Vermögensschäden .....	434
dd) Ausgewählte Fallgruppen .....	434
c) Kritik.....	435
aa) Beschränkung auf bestimmte Schadensarten .....	435
bb) Qualifikation nach den Haftungsfolgen?.....	435
cc) Abgrenzung zwischen Sach- und reinen Vermögensschäden..	436
(1) Arten der Eigentumsverletzung.....	436
(2) Traditions- oder Konsensprinzip .....	437
(3) Bloßer Sachbezug? .....	437
(4) Zuordnung der Sachschäden zum Vertragsrecht?.....	439
dd) Methode zur Rechtsvergleichung.....	440
d) Ergebnis.....	441
2. Relative oder absolute Rechte .....	442
a) Abgrenzungsformel.....	442
b) Begründung.....	442
aa) Terminologie.....	442
bb) Vermeidung der Nachteile anderer Ansätze und Konsensfähigkeit .....	444
cc) Ausgewählte Fallgruppen.....	445
c) Kritik.....	445
aa) Bestimmung absoluter Rechte .....	445
bb) Zu enger Anwendungsbereich des Deliktsrechts .....	445
cc) Begriff des relativen Rechts .....	446
d) Ergebnis.....	447
3. Leistungs- oder Integritätsinteresse .....	447
a) Abgrenzungsformel.....	447
b) Begründung.....	447
aa) Terminologie: Leistungs- und Integritätsinteresse .....	447
bb) Ermöglichung europäisch-autonomer Qualifikation.....	449

cc) Schutzpflichten .....	450
(1) „Kernbereich des Deliktsrechts“ .....	451
(2) Exkurs: Leistungs- und Schutzpflichten im deutschen Recht .....	451
dd) Ausgewählte Fallgruppen .....	453
c) Kritik.....	455
aa) <i>Culpa in contrahendo</i> .....	455
bb) Dachdeckerfall.....	457
(1) Leistungsinteresse?.....	457
(2) Integritätsinteresse .....	458
(a) Schutzdimension des Leistungsinteresses .....	458
(b) „Schadensanlage“ bei der Bestimmung des <i>status quo</i> ..	459
(c) Negativbestimmung des Integritätsinteresses.....	459
cc) Modifikation der Abgrenzungsformel .....	460
(1) Integritätsschutz als Gegenstand der Hauptleistungspflicht.....	460
(a) Behandlungsvertrag.....	461
(b) Beratungsvertrag .....	462
(c) Bewachungs- und Verwahrungsvertrag .....	463
(2) Begründung .....	464
(a) Positivbestimmung des Integritätsinteresses .....	464
(b) Abstellen auf Leistungspflicht statt auf Leistungsinteresse .....	465
d) Ergebnis.....	466
III. Schwerpunktbetrachtung .....	466
IV. Schlussfolgerungen .....	468
 B. Eigener Ansatz zur Abgrenzung der Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO.....	468
I. Zwei-Stufen-Modell.....	469
1. Abgrenzungsformel.....	469
2. Prüfungsschritte .....	469
3. Terminologie.....	470
a) Erste Stufe: Leistungspflichtverletzung .....	470
b) Zweite Stufe: Verletzung eines absoluten Rechts .....	471
II. Begründung .....	471
1. Vorüberlegungen .....	471
a) Kein Exklusivitätsverhältnis der Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO .....	471
b) Keine abschließende Definition von Vertrag und Delikt .....	472
c) Kombination der pflichten- und schadentypologischen Herangehensweise.....	473
2. Kriterium der Leistungspflichtverletzung.....	474

a) Gründe für die Wahl des Kriteriums.....	474
b) Ausklammerung von Schutzpflichten.....	474
3. Fallgruppen der Anspruchskonkurrenz.....	475
a) Keine Ausweitung auf reine Vermögensschäden.....	477
aa) Anwendbarkeit des Deliktsgerichtsstands auf reine Vermögensschäden.....	477
bb) Fallgruppen der Anspruchskonkurrenz bei reinen Vermögensschäden.....	477
(1) Straftaten bzw. Schutzgesetzverstoß (zweite Fallgruppe)...	477
(2) Vorsatz und ähnliche Kriterien (dritte Fallgruppe).....	478
(a) Vorrang der vertraglichen Qualifikation.....	478
(b) Schwierigkeiten bei der Begriffsbildung.....	479
(c) Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs.....	480
(3) Kein Abstellen auf mangelnde Schutzwürdigkeit des Schädigers.....	481
cc) Zwischenergebnis.....	481
b) Kriterium der Verletzung eines absoluten Rechts (erste Fallgruppe).....	482
aa) Deliktstypische Schäden.....	482
bb) Konsensfähigkeit.....	483
(1) Kompromiss.....	483
(2) Kein spezifisch deutscher Begriff.....	483
cc) Offenheit und Bestimmtheit.....	484
4. Einklang mit den Zwecken der Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO.....	486
a) Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit.....	486
b) Beweisnähe.....	486
c) Gleichgewicht zwischen Kläger- und Beklagteninteressen.....	487
5. Einklang mit kollisionsrechtlichen Interessen.....	488
III. Überprüfung anhand ausgewählter Fallgruppen.....	489
1. Reine Leistungspflichtverletzung (Vertragsgerichtsstand).....	490
a) Leistungsstörungen.....	490
b) Rückabwicklung.....	491
c) Beteiligung Dritter.....	491
2. Keine Leistungspflichtverletzung (Deliktsgerichtsstand).....	492
a) Schutzpflichten.....	492
b) <i>Culpa in contrahendo</i> .....	494
aa) Deliktische Qualifikation.....	494
bb) Abgrenzung zur Haftung für Leistungspflichtverletzung.....	496
(1) Vorvertragliche Täuschung.....	496
(2) Sachwalterhaftung.....	497
c) Weitere Fälle der Beteiligung Dritter.....	498
3. Verletzung der Leistungspflicht und eines absoluten Rechts (Wahlrecht).....	499

a) Schutz absoluter Rechte als Gegenstand der Leistungspflicht.....	499
b) Folge einer Leistungspflichtverletzung .....	501
c) Schaden eines Dritten.....	502
4. Ergebnis.....	502
IV. Exkurs: Übertragbarkeit auf das autonome Zivilprozessrecht .....	502
1. Internationale Zuständigkeit.....	503
2. Reine Inlandsfälle .....	504
a) Orientierung des Prozessrechts am materiellen Recht.....	504
b) Qualifikation im materiellen Recht .....	506
<i>C. Ergebnisse</i> .....	509
Wesentliche Ergebnisse.....	511
<i>A. Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung</i> .....	511
<i>B. Interessenanalyse der europäischen Zuständigkeitsordnung</i> .....	512
<i>C. Dogmatische Grundlagen der funktionalen Qualifikation</i> .....	513
<i>D. Ziel der umfassenden Prüfungsbefugnis</i> .....	515
<i>E. Verhältnis von Vertrag und Delikt im materiellen Recht</i> .....	516
<i>F. Ansätze zur Abgrenzung von Vertrag und Delikt</i> .....	518
Quellenverzeichnis .....	521
<i>A. Literatur</i> .....	521
<i>B. Sonstige Quellen</i> .....	549
Sachregister.....	551



## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Auffassung
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (österreichisches Zivilgesetzbuch)
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
BeckOGK	Beck-Online-Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
belg. CC/BW	belgischer Code Civil bzw. Burgerlijk Wetboek (Zivilgesetzbuch)
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek (niederländisches Zivilgesetzbuch)
bzw.	beziehungsweise
C.	Codex Justinianus (Corpus Iuris Civilis)
<i>c.i.c.</i>	<i>culpa in contrahendo</i>
ca.	circa
Cass.	(französische) Cour de Cassation; (italienische) Corte di Cassazione
Cass. ass. plén.	Cour de cassation, Assemblée plénière
Cass. ch. réun.	Cour de cassation, Chambres réunies
Cass. civ.	Cour de Cassation, Chambre civile
CC	Code Civil (französisches Zivilgesetzbuch)

CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods; auch: UN-Kaufrecht
CP	Código Penal (spanisches Strafgesetzbuch)
CPO	Civilprozeßordnung (Vorläufer der ZPO)
CPR	Civil Procedure Rules 1999
D.	Digesta (Corpus Iuris Civilis)
d.h.	das heißt
D.P.	Dalloz Périodique
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
EAPIL	European Association of Private International Law
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
ERCL	European Review of Contract Law
ERPL	European Review of Private Law
ErwG	Erwägungsgrund
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Europäische Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen; auch: Brüssel Ia-VO
EuR	Europarecht
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZPR/EuIPR	Europäisches Zivilprozess- und Kollisionsrecht
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f., ff.	folgende
Fn	Fußnote
Foro it.	Il Foro Italiano
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
Gai Inst.	Gaii Institutionum commentarii
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, International
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
h.M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch

Hrsg.	Herausgeber
HWB-EuP	Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis
i.S.d	im Sinne des
inkl.	inklusive
Inst.	Iustiniani Institutiones (Corpus Iuris Civilis)
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ital. CC	italienischer Codice Civile (Zivilgesetzbuch)
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBL	Juristische Blätter
JPIL	Journal of Private International Law
JURA	Juristische Ausbildung
jurisPK	juris Praxiskommentar
jurisPR-PrivBauR	juris PraxisReport Privates Baurecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KC	Kodeks cywilny (polnisches Zivilgesetzbuch)
KG	Kommanditgesellschaft
krit.	kritisch
LG	Landgericht
LMK	Leitsätze mit Kommentierung
LugÜ	Lugano-Übereinkommen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MüKo	Münchener Kommentar
n. Chr.	nach Christus
n.F.	neuer Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	NomosKommentar
No.	number
Nov.	Novellae (Corpus Iuris Civilis)
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannt
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
para.	Paragraph
PD	Practice Directions
PETL	Principles of European Tort Law
port. CC	portugiesischer Código Civil (Zivilgesetzbuch)
preuß. AGO	Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBDCivil	Revista Brasileira de Direito Civil
RdTW	Zeitschrift für das Recht der Transportwirtschaft
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft



Rn	Randnummer
S.	Satz, Seite
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
span. CC	spanischer Código Civil (Zivilgesetzbuch)
StGB	Strafgesetzbuch
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVR	Straßenverkehrsrecht
u.a.	unter anderem
Unterabs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
v.	von, vom
v. Chr.	vor Christus
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	volume
Vorb	Vorbemerkung
Vorbem	Vorbemerkung
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG Germ. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Ger- manistische Abteilung
zust.	zustimmend
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

# Einleitung

Ein Streit über die gerichtliche Zuständigkeit kann jahrelang dauern. Damit gehen ein erhöhter finanzieller und zeitlicher Aufwand für die Parteien und die Inanspruchnahme von Gerichtsressourcen einher – und das, ohne überhaupt zur Sache zu kommen!

Aufgrund internationaler Verflechtungen nehmen dabei Sachverhalte mit einem Bezug zu mehreren Staaten zu, sodass die Parteien, aber auch nationale Gerichte, vor der Frage stehen, in welchem Staat der Streit ausgetragen werden kann.

Wird gegen einen in der Europäischen Union wohnhaften Beklagten in einem Mitgliedstaat eine zivil- oder handelsrechtliche Klage mit Auslandsbezug erhoben, richtet sich die internationale Zuständigkeit nach der europäischen Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVVO).<sup>1</sup> In schadensersatzrechtlichen Streitigkeiten, die im Zivilrecht von zentraler Bedeutung sind, stehen dem Kläger<sup>2</sup> im Anwendungsbereich der EuGVVO neben dem allgemeinen Gerichtsstand die beiden besonderen Gerichtsstände für vertragliche und für deliktische Ansprüche zur Wahl, soweit kein ausschließlicher Gerichtsstand greift. Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO, die den Gegenstand dieser Untersuchung bilden, bestimmen, dass zur Geltendmachung von vertraglichen Ansprüchen das Gericht am Erfüllungsort und von deliktischen Ansprüchen das Gericht am Handlungs- oder Erfolgsort zuständig ist.

## A. Problemaufriss

Die Abgrenzung des Vertrags- und Deliktgerichtsstands gem. Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO ist ein weitgehend ungelöstes Problem des Internationalen

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012, 20.12.2012, ABl. L 351, S. 1. Zum Anwendungsbereich der Zuständigkeitsnormen vgl. Art. 1 EuGVVO, Art. 4 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 EuGVVO i.V.m. ErwG 13 der EuGVVO; EuGH 14.11.2013, C-478/12 – Maletic, ECLI:EU:C:2013:735, Rn 25 ff.

<sup>2</sup> Die Verwendung des generischen Maskulinums soll den Lesefluss erleichtern. Alle Angaben in dieser Arbeit beziehen sich auf Personen jeden Geschlechts.

Zivilprozessrechts.<sup>3</sup> Die Rechtsprechung des EuGH, insbesondere das vielzitierte Urteil in der Rechtssache *Brogstetter*<sup>4</sup>, hat für mehr Verwirrung als Klarheit gesorgt. Die neuere Entscheidung *Wikingerhof*<sup>5</sup> beseitigt zwar einen Teil der Unsicherheiten, schafft aber zugleich auch neue Fragen.

Problematisch an der Abgrenzung des Vertrags- und Deliktgerichtsstands ist, dass sie unabhängig vom nationalen Recht einer einzelnen Rechtsordnung bestimmt werden muss. Zwischen den europäischen Rechtsordnungen bestehen aber erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Frage, welche Fallkonstellationen unter die Vertrags- oder unter die Deliktshaftung fallen. Auch für das Verhältnis der vertraglichen und deliktischen Ansprüche finden sich innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Lösungen: Während im deutschen Recht die Ansprüche in Anspruchskonkurrenz nebeneinanderstehen, werden nach dem französischen Prinzip des *non-cumul* deliktische Ansprüche durch das Vertragsrecht verdrängt.

Daher bedarf es einer Überprüfung, wie mögliche Schnittstellen zwischen vertraglicher und deliktischer Haftung einzuordnen sind. Dazu gehören insbesondere die Verletzung vertraglicher Schutzpflichten und die vorvertragliche Haftung. Bei der letzteren ist zu beachten, dass sie verschiedene Konstellationen erfasst. So könnte für die vorvertragliche Täuschung, beispielsweise über die Mangelfreiheit der Kaufsache, etwas anderes als für den Abbruch von Vertragsverhandlungen gelten. Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben sich z.B. auch bei der Arzthaftung oder bei Mangelfolgeschäden. Hinzu kommen Rechtsinstitute, die nationale Besonderheiten bilden.

Die vorliegende Untersuchung soll sich der „drängenden Aufgabe“<sup>6</sup> annehmen, Abgrenzungskriterien für „Vertrag“ und „unerlaubte Handlung“ i.S.d. Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO zu entwickeln. Obwohl diese Begriffe bereits seit der Antike Gegenstand intensiver Diskussionen sind, gibt es keine Definition, die nicht neue Fragen aufwirft: „Like the proverbial elephant, tort is easier to recognize than to define“.<sup>7</sup> Dasselbe gilt, wenn auch in einem geringeren Maße, spiegelbildlich für die Vertragsverletzung.

In dieser Arbeit wird das Problemfeld aus einer vergleichsweise neuen Perspektive betrachtet, da zuständigkeitsspezifische Erwägungen herangezogen und die Besonderheiten einer supranationalen Ebene berücksichtigt werden. Bei der Entwicklung von Abgrenzungskriterien zwischen Vertrag und Delikt im europäischen Zuständigkeitsrecht ist die Suche nach einer einheitlichen Lö-

---

<sup>3</sup> Hoffmann, F., ZJP 128 (2015), 465; vgl. auch Spickhoff, IPRax 2017, 72, 73; Manowski, LMK 2020, 434668; Schnichels/Stein/Lenzing, EuZW 2021, 965, 970.

<sup>4</sup> EuGH 13.3.2014, C-548/12 – Brogstetter, ECLI:EU:C:2014:148.

<sup>5</sup> EuGH 24.11.2020, C-59/19 – Wikingerhof, ECLI:EU:C:2020:950.

<sup>6</sup> Hoffmann, F., ZJP 128 (2015), 465.

<sup>7</sup> GA Warner, Schlussanträge v. 8.10.1980, C-814/79 – Niederlande/Rüffer, ECLI:EU:C:1980:229, Frage B a.E.

sung erforderlich, die in allen EU-Mitgliedstaaten konsensfähig ist. Die Abgrenzungskriterien müssen Rechtsklarheit schaffen, aber zugleich offen genug für neue Entwicklungen sein.<sup>8</sup>

## B. Forschungsfrage und Gang der Untersuchung

Untersucht man das Verhältnis der Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO, stellt sich schnell heraus, dass man um die – umstrittene – Frage nicht umhinkommt, ob sich die Anwendungsbereiche des Vertrags- und Deliktsgerichtsstands gegenseitig ausschließen oder der Kläger ein Wahlrecht zwischen diesen beiden Gerichtsständen haben kann. Diese Frage wird sich als roter Faden durch die gesamte Arbeit ziehen. Aus prozessrechtlicher Sicht ist sie der springende Punkt, da von ihrer Beantwortung die folgenden Problemstellungen abhängig sind:

Unter der Annahme, dass Vertrags- und Deliktsgerichtsstand in einem Exklusivitätsverhältnis stehen und folglich nur einer der beiden eröffnet sein kann, wird der allgemeine Gerichtsstand aufgewertet. Dadurch könnten die Interessen des Klägers beeinträchtigt werden, weil er einen Gerichtsstand „verliert“; umgekehrt könnte dadurch ggf. der Beklagtenschutz gestärkt werden. Die EuGVVO soll daher in Hinblick darauf analysiert werden, ob ein Exklusivitätsverhältnis des Vertrags- und Deliktsgerichtsstands im Einklang mit den Parteiinteressen steht (Kapitel 2). Die Qualifikation im europäischen Zuständigkeitsrecht hat sich nämlich primär nach der Systematik und den Zwecken der EuGVVO auszurichten.<sup>9</sup>

Ein Wahlrecht des Klägers zwischen dem Vertrags- und Deliktsgerichtsstand wäre aber erst gar nicht möglich, wenn ein Lebenssachverhalt nur einheitlich – entweder als vertraglich oder als deliktisch – qualifiziert werden kann, auch wenn im nationalen Verständnis vertragliche und deliktische Ansprüche in Betracht kommen (Kapitel 3). Als Vorfrage ist daher zu klären, *was* genau qualifiziert wird, denn davon ist abhängig, ob die einheitliche Qualifikation dogmatisch zwingend ist. In diesem Zusammenhang ist auch das Kollisionsrecht zu berücksichtigen, da das Gericht bei einem internationalen Sachverhalt bestimmen muss, welches Recht auf die vertraglichen und/oder auf die deliktischen Ansprüche anwendbar ist.

Unter der Annahme, dass sich Vertrags- und Deliktsgerichtsstand nicht gegenseitig ausschließen, wirft das Wahlrecht des Klägers zwischen diesen beiden Gerichtsständen die Frage auf, ob die Kognitionsbefugnis des zuständigen Gerichts auf den jeweils zuständigkeitsbegründenden Anspruch beschränkt ist

---

<sup>8</sup> *Wagner, G.*, in: Zimmermann, Grundstrukturen, S. 189, 245.

<sup>9</sup> EuGH 25.2.2010, C-381/08 – Car Trim GmbH, ECLI:EU:C:2010:90, Rn 47; vgl. EuGH 16.5.2013, C-228/11 – Melzer, ECLI:EU:C:2013:305, Rn 22 und EuGH 25.10.2012, C-133/11 – Folien Fischer, ECLI:EU:C:2012:664, Rn 30.

(Kapitel 4). Will der Kläger nicht im Wohnsitzstaat des Beklagten vor Gericht ziehen, hätte eine beschränkte Kognitionsbefugnis zur Folge, dass er ggf. in zwei verschiedenen Staaten klagen oder auf die Geltendmachung konkurrierender Ansprüche verzichten müsste. Die einheitliche Qualifikation vermeidet dagegen diese Problematik, da das zuständige Gericht in diesem Fall alle in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen prüfen darf, unabhängig davon, wie diese im nationalen Recht qualifiziert werden.

Neben diesen zuständigkeitsspezifischen und kollisionsrechtlichen Erwägungen muss bei der Frage nach einem Exklusivitätsverhältnis der beiden Gerichtsstände auch das materielle Recht der nationalen Rechtsordnungen herangezogen werden, da die Begriffe „Vertrag“ und „Delikt“ materiell-rechtlich geprägt sind (Kapitel 5). Dabei ist zunächst zu klären, warum sich die Unterschiede zwischen den europäischen Rechtsordnungen entwickelt haben und welche gemeinsamen Grundlagen es gibt. Die Antworten darauf sollen unter Heranziehung der Rechtsgeschichte herausgearbeitet werden. Sodann ist – mangels eines vereinheitlichten Haftungsrechts auf europäischer Ebene – rechtsvergleichend zu erforschen, wie die Anwendungsbereiche der Vertrags- und Deliktshaftung in ausgewählten<sup>10</sup> europäischen Rechtsordnungen bestimmt werden. Ein besonderes Augenmerk wird daraufgelegt, wie die einzelnen Rechtsordnungen die Konkurrenz zwischen vertraglichen und deliktischen Ansprüchen lösen und ob aus materiell-rechtlicher Sicht eine Dichotomie der Vertrags- und Deliktshaftung existiert.

Die Ergebnisse des Rechtsvergleichs sollen bei der Würdigung der verschiedenen Ansätze zur Abgrenzung von Vertrag und Delikt, die in Rechtsprechung und Literatur vertreten werden, berücksichtigt werden (Kapitel 6). Die vorliegende Untersuchung soll zugleich einen Beitrag zur Systematisierung dieser Ansätze leisten.

Am Ende der Arbeit wird ein eigener Lösungsansatz zur Abgrenzung der Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO vorgestellt. So viel sei bereits vorweggenommen: Der hier entwickelte Lösungsansatz wird nicht nur Kriterien für die Eröffnung ausschließlich des Vertrags- bzw. des Deliktsgerichtsstands aufstellen, sondern auch einen Vorschlag für ein Kriterium erarbeiten, nach dem sich richten soll, wann dem Kläger ein Wahlrecht zwischen dem Vertrags- und Deliktsgerichtsstand zusteht.

---

<sup>10</sup> Insbesondere Frankreich, Spanien, Belgien, Italien, Polen, Niederlande und Österreich.

## Kapitel 1

# Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung

Bevor auf die Rechtsprechung des EuGH zu Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO eingegangen wird, bietet sich zum Einstieg ein kurzer Blick auf den Wortlaut der Vorschrift an. Auf die Entstehungsgeschichte<sup>1</sup>, die Ziele<sup>2</sup> und die Systematik<sup>3</sup> der EuGVVO, auf die sich der EuGH neben dem Wortlaut bei der Auslegung der Verordnung stützt,<sup>4</sup> wird an späteren Stellen der Untersuchung näher eingegangen.

Art. 7 Nr. 1 EuGVVO<sup>5</sup> ist in anderen Sprachen deutlich weiter formuliert als im Deutschen („vertragliche Angelegenheiten“<sup>6</sup>). Bei der Auslegung sind alle Sprachfassungen der EuGVVO zu berücksichtigen, da sie alle gleich verbindlich sind.<sup>7</sup> Diese weite Formulierung in anderen Sprachen spricht gegen eine restriktive Auslegung des Vertragsbegriffs.<sup>8</sup> Die Unterscheidung zwischen „Vertrag“ und „Ansprüchen aus einem Vertrag“ ist eine Besonderheit der deutschen Fassung.<sup>9</sup>

---

<sup>1</sup> Kap. 2, A. („Historische Entwicklung der kontinentaleuropäischen Zuständigkeitssysteme“).

<sup>2</sup> Insbesondere Kap. 2, C. („Zuständigkeitsordnung der EuGVVO“).

<sup>3</sup> Insbesondere Kap. 2, C. und Kap. 3, D. („Vertrag und Delikt im europäischen IPR“).

<sup>4</sup> EuGH 25.2.2010, C-381/08 – Car Trim GmbH, ECLI:EU:C:2010:90, Rn 47; vgl. EuGH 16.5.2013, C-228/11 – Melzer, ECLI:EU:C:2013:305, Rn 22 und EuGH 25.10.2012, C-133/11 – Folien Fischer, ECLI:EU:C:2012:664, Rn 30.

<sup>5</sup> Englisch: „matters relating to a contract“, Französisch: „matière contractuelle“, Spanisch: „materia contractual“, Italienisch: „materia contrattuale“, Portugiesisch: „matéria contratual“, Polnisch: „w sprawach dotyczących umowy“ – die den Vertrag betreffende Angelegenheiten.

<sup>6</sup> Ebenso die Übersetzung von *Martiny*, in: FS Geimer, S. 641, 648; *Wais*, Erfüllungsgerichtsstand, S. 51.

<sup>7</sup> *Staudinger*, A., in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Bd. 1, Einl. Brüssel Ia-VO Rn 37; *Wendelstein*, ZEuP 2015, 622, 636, Fn 4.

<sup>8</sup> GA *Bobek*, Schlussanträge v. 19.10.2017, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – flightright GmbH, ECLI:EU:C:2017:787, Rn 53, der noch die tschechische Fassung heranzieht; *Lobach*, IPRax 2019, 391, 395; vgl. aber *Martiny*, in: FS Geimer, S. 641, 648, der zwar die o.g. Formulierungen für weit hält, ihnen aber die enge niederländische Fassung gegenüberstellt („verbintenissen uit overeenkomst“ bedeute Verpflichtungen aus einem Vertrag).

<sup>9</sup> Vorbehaltlich anderer, hier nicht untersuchter Sprachfassungen; ebenso *Wais*, Erfüllungsgerichtsstand, S. 51.

Weniger einheitlich sind die Formulierungen zum Deliktsgerichtsstand. Überwiegend ist von „deliktischen und quasideliktischen Angelegenheiten“ die Rede, ähnlich wie in der deutschen Fassung.<sup>10</sup> Die anderen Sprachfassungen<sup>11</sup> sind weiter: Indem sie von „außervertraglichen Angelegenheiten“ sprechen, deuten sie auf ein Exklusivitätsverhältnis von Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO hin. Da diese Formulierung aber nur teilweise zu finden ist, lässt sich daraus kein eindeutiger Schluss auf die Auslegung ziehen.

Die zusätzliche Nennung der „Ansprüche aus einer solchen Handlung“ ist auch hier ein Sonderfall. Die Formulierung „Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist“, die nicht in allen Sprachfassungen vorhanden ist, ist eine Übersetzung aus dem Französischen „quasi-délict“ und steht für fahrlässige Handlungen.<sup>12</sup> Ursprünglich war diese gesonderte Kategorie notwendig, da unter Delikten nur vorsätzliche Handlungen verstanden wurden.<sup>13</sup> Durch die Ausweitung des Deliktsbegriffs auf Fahrlässigkeit ist die ausdrückliche Nennung der Quasidelikte überflüssig geworden.<sup>14</sup>

Der Wortlaut klärt somit das Verhältnis von Art. 7 Nr. 1 und Nr. 2 EuGVVO zueinander nicht.<sup>15</sup> Aus diesem Grund besteht ein Bedürfnis für die Konkretisierung der Vorschrift durch den EuGH. Im Folgenden werden daher die wichtigsten Entscheidungen des EuGH zum Vertrags- und Deliktsbegriff sowie zur Abgrenzung der beiden Gerichtsstände dargestellt und kritisch gewürdigt (A.). Auf dieser Rechtsprechung baut der Meinungsstreit zwischen dem Exklusivitätsverhältnis und der Kumulation des Vertrags- und Deliktsgerichtsstands auf (hierzu unter B.).

---

<sup>10</sup> Französisch: „matière délictuelle ou quasi délictuelle“, Spanisch: „materia delictual o cuasidelictual“, Englisch: „matters relating to tort, delict or quasi-delict“, wobei die auf das Zusammentreffen von *common* und *civil law* zurückzuführende Unterscheidung zwischen *tort* und *delict* zeigt, dass die Begriffe nicht deckungsgleich sind; Polnisch: „w sprawach dotyczących czynu niedozwolonego lub czynu podobnego do czynu niedozwolonego“, d.h. die eine unerlaubte Handlung oder eine der unerlaubten Handlung ähnliche Handlung betreffenden Angelegenheiten; Italienisch: „materia di illeciti civili dolosi o colposi“ (dies entspricht dem Verständnis von Quasidelikten als Fahrlässigkeitsdelikte); die Aussagefähigkeit kann wiederum nur auf die untersuchten Sprachen begrenzt werden.

<sup>11</sup> Portugiesisch: „matéria extracontratual“; ebenso die dänische, finnische und schwedische Fassung, vgl. dazu GA *Saugmandsgaard Øe*, Schlussanträge v. 10.9.2020, C-59/19 – Wikingerhof, ECLI:EU:C:2020:688, Rn 28 Fn 26.

<sup>12</sup> EuGH 9.12.2021, C-242/20 – HRVATSKE ŠUME, ECLI:EU:C:2021:985, Rn 54; *Schlosser, P.*, in: *Schlosser, P./Hess, EuZPR*, Art. 7 EuGVVO Rn 12.

<sup>13</sup> *Kaser/Knütel/Lohsse*, Römisches Privatrecht, § 61 Rn 2, § 62 Rn 28; *Jansen*, Struktur, S. 280; auch im Code Civil wurden Quasidelikte als fahrlässig begangene Delikte verstanden, siehe *Coing*, Europäisches Privatrecht II, S. 433.

<sup>14</sup> *Schlosser, P.*, in: *Schlosser, P./Hess, EuZPR*, Art. 7 EuGVVO Rn 12.

<sup>15</sup> Ebenso EuGH 4.3.1982, 38/81 – *Effer Spa*, ECLI:EU:C:1982:79 Rn 5; *Martiny*, in: FS Geimer, S. 641, 648 zum Vertragsgerichtsstand; *Wendelstein*, ZEuP 2015, 622, 636, Fn 4 zum Deliktsgerichtsstand.

## A. Zentrale Entscheidungen des EuGH

### I. Vertrag i.S.d. Art. 7 Nr. 1 EuGVVO

#### 1. Freiwillig eingegangene Verpflichtung

In der Rechtssache *Handte* hat der EuGH entschieden, dass Art. 7 Nr. 1 EuGVVO (n.F.)<sup>16</sup> nicht greift, wenn es an einer von einer Partei gegenüber einer anderen freiwillig eingegangenen Verpflichtung fehlt.<sup>17</sup> Gegenstand der Klage war die Haftung des Herstellers, der kein Verkäufer war, gegenüber dem späteren Endabnehmer.<sup>18</sup> Im Urteil *Engler* fügte der EuGH hinzu, dass sich die Klage gerade auf diese Verpflichtung stützen muss.<sup>19</sup>

Art. 7 Nr. 1 EuGVVO verlangt nicht den wirksamen Abschluss eines Vertrages,<sup>20</sup> sondern es reicht aus, wenn das Zustandekommen des Vertrages streitig ist.<sup>21</sup> Anderenfalls könnte der Beklagte durch die Behauptung, dass kein Vertrag zustande gekommen oder dieser nichtig ist, die Zuständigkeitsbegründung verhindern.<sup>22</sup>

In Bezug auf den Verbrauchergerichtsstand (nun Art. 17 f. EuGVVO), der eine *lex specialis*<sup>23</sup> zum Vertragsgerichtsstand ist, stellte der EuGH fest, dass ein Vertrag eine Willenseinigung zweier Personen voraussetzt, durch die gegenseitige, voneinander abhängige Pflichten entstehen.<sup>24</sup> Allerdings ist nach

---

<sup>16</sup> Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit einheitlich Art. 7 EuGVVO n.F. von 2012 (in Kraft seit 2015) genannt, obwohl sich die zitierten Urteile teilweise auf Art. 5 EuGVÜ von 1968 (in Kraft seit 1972) bzw. Art. 5 EuGVVO a.F. von 2000 (in Kraft seit 2002) beziehen.

<sup>17</sup> EuGH 17.6.1992, C-26/91 – *Handte*, ECLI:EU:C:1992:268, Rn 15; bestätigt u.a. durch EuGH, 27.10.1998, C-51/97 – *Réunion européenne*, ECLI:EU:C:1998:509, Rn 17; EuGH 17.9.2002, C-334/00 – *Tacconi*, ECLI:EU:C:2002:499, Rn 23.

<sup>18</sup> EuGH 17.6.1992, C-26/91 – *Handte*, ECLI:EU:C:1992:268, Rn 16; die Besonderheit dieser Konstellation betont GA *Jacobs*, von dem auch die Schlussanträge in der Rs. *Handte* stammen, in seinen Schlussanträgen zur Rs. *Gabriel* (Gewinnzusage): 13.12.2001, C-96/00 – *Gabriel*, ECLI:EU:C:2001:690 Rn 54.

<sup>19</sup> EuGH 20.1.2005, C-27/02 – *Engler*, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 51.

<sup>20</sup> EuGH 17.9.2002, C-334/00 – *Tacconi*, ECLI:EU:C:2002:499, Rn 22; EuGH 20.1.2005, C-27/02 – *Engler*, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 45; EuGH 28.1.2015, C-375/13 – *Kolassa*, ECLI:EU:C:2015:37, Rn 38; GA *Jacobs*, Schlussanträge v. 13.12.2001, C-96/00 – *Gabriel*, ECLI:EU:C:2001:690 Rn 57; krit. *Kindler*, IPR des Wirtschaftsverkehrs, S. 207.

<sup>21</sup> EuGH 4.3.1982, 38/81 – *Effer Spa*, ECLI:EU:C:1982:79, Rn 8; EuGH 20.1.2005, C-27/02 – *Engler*, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 46.

<sup>22</sup> *Leible*, in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Bd. 1, Art. 7 Brüssel Ia-VO Rn 37.

<sup>23</sup> EuGH 11.7.2002, C-96/00 – *Gabriel*, ECLI:EU:C:2002:436, Rn 36; EuGH 20.1.2005, C-27/02 – *Engler*, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 32.

<sup>24</sup> Jeweils zu Art. 13 Abs. 1 EuGVÜ: EuGH 11.7.2002, C-96/00 – *Gabriel*, ECLI:EU:C:2002:436, Rn 49; EuGH 20.1.2005, C-27/02 – *Engler*, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 34.



dem EuGH für Art. 7 Nr. 1 EuGVVO das Vorliegen von zwei übereinstimmenden Willenserklärungen nicht entscheidend, da er den Art. 7 Nr. 1 EuGVVO *nicht nur auf Verträge* anwendet, sondern auf jede freiwillig eingegangene Verpflichtung.<sup>25</sup>

Nach dem EuGH greift Art. 7 Nr. 1 EuGVVO nämlich auch für vertragsähnliche Rechtsverhältnisse<sup>26</sup> sowie für einseitige Rechtsgeschäfte. So eröffnete der EuGH im Urteil *Engler* den Vertragsgerichtsstand<sup>27</sup> für eine Klage auf Herausgabe eines scheinbar gewonnenen Preises.<sup>28</sup> Der EuGH führte aus, dass die Gewinnzusage als eine freiwillig eingegangene Verpflichtung anzusehen sei, da sie den Verkäufer „wie ein Vertrag binde“.<sup>29</sup> Unbeachtlich sei, dass der Verkäufer nicht die Absicht hatte, diese zu erfüllen.<sup>30</sup> Als „Annahmeerklärung“<sup>31</sup> reiche aus, dass der Verbraucher die Auszahlung des Gewinns verlangt hat.<sup>32</sup>

Als weiteres Beispiel lassen sich die Fluggastrechte-Entscheidungen anführen, in denen der EuGH die Anwendbarkeit des Vertragsgerichtsstands bejahte, obwohl zwischen den Prozessparteien kein Vertrag bestand.<sup>33</sup> Anders als in der Rechtssache *Handte* ließ der EuGH hier eine Vertragskette ausreichen.<sup>34</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. EuGH 26.3.2020, C-215/18 – Králová/Primera Air Scandinavia, ECLI:EU:C:2020:235 Rn 43; GA *Saugmandsgaard Øe*, Schlussanträge v. 10.9.2020, C-59/19 – Wikingerhof, ECLI:EU:C:2020:688, Rn 40 Fn 52.

<sup>26</sup> EuGH 22.3.1983, 34/82 – Peters, ECLI:EU:C:1983:87, Rn 13 (Rechtsverhältnis zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern); EuGH 10.9.2015, C-47/14 – Holterman, ECLI:EU:C:2015:574, Rn 53 f. (Gesellschaft und ihr Geschäftsführer); EuGH 8.5.2019, C-25/18 – Kerr, ECLI:EU:C:2019:376, Rn 27 (Entscheidung der Hauptversammlung der Mitigentümer eines Gebäudes).

<sup>27</sup> Der Verbrauchergerichtsstand war mangels einer tatsächlichen Bestellung nicht gegeben, vgl. Art. 13 Abs. 1 Nr. 3 EuGVÜ – dazu EuGH 11.7.2002, C-96/00 – Gabriel, ECLI:EU:C:2002:436, Rn 60 und 54 (ebenso vertragliche Qualifikation, aber der speziellere Verbrauchergerichtsstand eröffnet); zu Art. 15 Abs. 1 lit. c) EuGVVO a.F. (wortlautgleich mit Art. 17 Abs. 1 lit. c) EuGVVO n.F.): EuGH 14.5.2009, C-180/06 – Ilsinger, ECLI:EU:C:2009:303, Rn 59.

<sup>28</sup> EuGH 20.1.2005, C-27/02 – Engler, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 58.

<sup>29</sup> EuGH 20.1.2005, C-27/02 – Engler, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 56.

<sup>30</sup> EuGH 20.1.2005, C-27/02 – Engler, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 59; krit. daher *Leible*, in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Bd. 1, Art. 7 Brüssel Ia-VO Rn 31; Es fehle am Merkmal der Freiwilligkeit.

<sup>31</sup> Es handelt sich um ein einseitiges Rechtsgeschäft, das keine Annahme erfordert; *Leible*, in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Bd. 1, Art. 7 Brüssel Ia-VO Rn 31; a.A. GA *Jacobs*, Schlussanträge v. 8.7.2004, C-27/02 – Engler, ECLI:EU:C:2004:414, Rn 45: Die Gewinnzusage erfordere stets die Einforderung des Preises.

<sup>32</sup> EuGH 20.1.2005, C-27/02 – Engler, ECLI:EU:C:2005:33, Rn 55.

<sup>33</sup> EuGH 7.3.2018, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – flihtight u.a., ECLI:EU:C:2018:160, Rn 64; bestätigt durch EuGH 26.3.2020, C-215/18 – Králová/Primera Air Scandinavia, ECLI:EU:C:2020:235 Rn 52.

<sup>34</sup> EuGH 17.6.1992, C-26/91 – Handte, ECLI:EU:C:1992:268, Rn 15 f.; anders auch EuGH 28.1.2015, C-375/13 – Kolassa, ECLI:EU:C:2015:37, Rn 40 f.

Gegenstand des Verfahrens war der Anspruch eines Fluggastes auf Ausgleichszahlung aus der Fluggastrechte-Verordnung<sup>35</sup> aufgrund einer Verspätung gegen das Luftfahrtunternehmen, das nicht Vertragspartner des Fluggastes war.<sup>36</sup> Laut dem EuGH ist nicht die Identität der Parteien entscheidend, sondern, dass der Vertrag die Grundlage der Klage bildet.<sup>37</sup> Es reiche aus, dass das Luftfahrtunternehmen *gegenüber dem Vertragspartner* des Fluggastes eine freiwillige Verpflichtung eingegangen sei.<sup>38</sup> Das Luftfahrtunternehmen erfülle somit die vertragliche Verpflichtung des Vertragspartners des Fluggastes.<sup>39</sup> Damit lässt der EuGH eine Klage vor dem Vertragsgerichtsstand auch gegen Erfüllungshelfern<sup>40</sup>, d.h. gegen Dritte, zu und hält einen bloß mittelbaren Zusammenhang mit einem Vertrag für ausreichend. In dieser Hinsicht ist der Verbrauchergerichtsstand<sup>41</sup> nach seinem Wortlaut enger, weil Art. 18 Abs. 1 EuGVVO voraussetzt, dass der Verbraucher „gegen den anderen Vertragspartner“ klagt.<sup>42</sup>

Der EuGH verlangt somit nicht das Vorliegen eines Vertrages *zwischen den Prozessparteien* für die Anwendbarkeit des Vertragsgerichtsstands. Dies zeigt, dass der EuGH den Begriff des Vertrages weit auslegt, obwohl er das Merkmal der freiwillig eingegangenen Verpflichtung als eine einschränkende<sup>43</sup> Voraussetzung eingeführt hat.

---

<sup>35</sup> Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91, ABl. L 046 v. 17.2.2004, S. 1.

<sup>36</sup> EuGH 7.3.2018, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – *flightright* u.a., ECLI:EU:C:2018:160, Rn 64.

<sup>37</sup> EuGH 7.3.2018, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – *flightright* u.a., ECLI:EU:C:2018:160, Rn 61.

<sup>38</sup> EuGH 7.3.2018, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – *flightright* u.a., ECLI:EU:C:2018:160, Rn 63.

<sup>39</sup> Vgl. EuGH 7.3.2018, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – *flightright* u.a., ECLI:EU:C:2018:160, Rn 62.

<sup>40</sup> *Lobach*, IPRax 2019, 391, 394.

<sup>41</sup> Näher zum Verbrauchergerichtsstand Kap. 4, B. II. 4. („Gleichlauf mit dem Verbrauchergerichtsstand“).

<sup>42</sup> EuGH 28.1.2015, C-375/13 – *Kolassa*, ECLI:EU:C:2015:37, Rn 30; vgl. dagegen die noch weite Auslegung des Begriffs des „anderen Vertragspartners“ in EuGH 14.11.2013, C-478/12 – *Maletic*, ECLI:EU:C:2013:735, Rn 32.

<sup>43</sup> EuGH 17.6.1992, C-26/91 – *Handte*, ECLI:EU:C:1992:268, Rn 14; EuGH, 27.10.1998, C-51/97 – *Réunion européenne*, ECLI:EU:C:1998:509, Rn 16.

## 2. „Ansprüche aus einem Vertrag“

Unter Art. 7 Nr. 1 EuGVVO fallen alle Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag ergeben.<sup>44</sup> Erfasst sind sowohl Primäransprüche auf Erfüllung einer Haupt- oder Nebenpflicht als auch Sekundäransprüche, insbesondere auf Schadensersatz wegen Vertragsverletzung.<sup>45</sup> Art. 12 Abs. 1 lit. c) und lit. e) Rom I-VO<sup>46</sup> bestätigt, dass auch Folgen der Nichterfüllung und der Nichtigkeit des Vertrags erfasst sind.<sup>47</sup> Nach dem EuGH ist ausreichend, wenn der Anspruch seinen Grund in der Nichteinhaltung einer Vertragspflicht hat.<sup>48</sup>

### II. Unerlaubte Handlung i.S.d. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO

Im Urteil *Kalfelis* hat der EuGH entschieden, dass sich der Begriff der unerlaubten Handlung auf Klagen bezieht, mit denen eine Schadenshaftung des Beklagten geltend gemacht wird und die nicht an einen „Vertrag“ i.S.v. (heute) Art. 7 Nr. 1 EuGVVO anknüpfen.<sup>49</sup> Ansprüche aus unerlaubter Handlung sind nach der Formel negativ von Ansprüchen aus einem Vertrag abzugrenzen. Als positiven Gehalt<sup>50</sup> der Vorschrift stellte der EuGH in anderen Entscheidungen fest, dass eine unerlaubte Handlung vorliegt, wenn die geltend gemachte Verpflichtung unabhängig von einem zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag besteht<sup>51</sup>, oder wenn ein Verstoß gegen eine gesetzliche Verpflichtung<sup>52</sup> bzw. gegen Rechtsvorschriften<sup>53</sup> gegeben ist.

Art. 7 Nr. 2 EuGVVO erfasst neben der Schadenshaftung auch Unterlassungs- und Feststellungsklagen.<sup>54</sup> Dennoch lässt sich sagen, dass eine Schädigung bzw. ein Schaden charakteristisches Merkmal von Ansprüchen aus

---

<sup>44</sup> EuGH 7.3.2018, C-274/16, C-447/16 und C-448/16 – *flightright u.a.*, ECLI:EU:C:2018:160, Rn 59.

<sup>45</sup> *Leible*, in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Bd. 1, Art. 7 Brüssel Ia-VO Rn 25.

<sup>46</sup> Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl. L 177 S. 6, ber. 2009 L 309 S. 87.

<sup>47</sup> So EuGH, 8.3.1988, C-9/87 – *Arcado*, ECLI:EU:C:1988:127, Rn 15; *Leible*, in: Rauscher, EuZPR/EuIPR, Bd. 1, Art. 7 Brüssel Ia-VO Rn 25; *Wais*, Erfüllungsgerichtsstand, S. 56.

<sup>48</sup> EuGH, 8.3.1988, C-9/87 – *Arcado*, ECLI:EU:C:1988:127, Rn 13.

<sup>49</sup> EuGH 27.9.1988, C-189/87 – *Kalfelis*, ECLI:EU:C:1988:459, Rn 17.

<sup>50</sup> GA *Jacobs*, Schlussanträge v. 8.7.2004, C-27/02 – *Engler*, ECLI:EU:C:2004:414, Rn 57.

<sup>51</sup> EuGH 24.11.2020, C-59/19 – *Wikinghof*, ECLI:EU:C:2020:950, Rn 33.

<sup>52</sup> EuGH 24.11.2020, C-59/19 – *Wikinghof*, ECLI:EU:C:2020:950, Rn 33.

<sup>53</sup> EuGH 17.9.2002, C-334/00 – *Tacconi*, ECLI:EU:C:2002:499, Rn 25; vgl. EuGH 21.4.2016, C-572/14 – *Austro-Mechana*, ECLI:EU:C:2016:286, Rn 37 und 50.

<sup>54</sup> Zum Unterlassen vgl. den Wortlaut; zur Feststellungsklage EuGH 25.10.2012, C-133/11 – *Folien Fischer*, ECLI:EU:C:2012:664, Rn 43 ff.

# Sachregister

- action directe* 283, 449
  - eigener Ansatz 498
- actor sequitur forum rei* *siehe* allgemeiner Gerichtsstand
- Adhäsionsverfahren 393, 396, *siehe auch* Straffunktion
  - Belgien 313
  - Frankreich 294
  - römisches Recht 37
  - Spanien 299
- Aktionenkonkurrenz 243
- allgemeiner Gerichtsstand 65, 89
  - *Jenard*-Bericht 44
  - Neuzeit 40
  - römisches Recht 31
- Anknüpfung, vertragsakzessorische *siehe* vertragsakzessorische Anknüpfung
- Annexkompetenzen *siehe* Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs
- Anpassung (IPR) 163
- Anspruchsbegriff 132
- Anspruchsnormenkonkurrenz 133
- Arglist 393, 406, 456
  - eigener Ansatz 476, 478, 481, 496
  - Frankreich 287, 293
  - Italien 318, 379
- Arzthaftung 407, 435, 445, 446
  - eigener Ansatz 499
  - Frankreich 289
  - Italien 322
  - Leistungs- und Integritätsinteresse 461
  - Rechtsvergleichung 392
  - Spanien 300, 304
  - transaktionsspezifische Pflichten 428
- autonomes, deutsches Zivilprozessrecht 173, 502
- Behandlungsvertrag *siehe* Arzthaftung
- Beklagtengerichtstand *siehe* allgemeiner Gerichtsstand
- belgisches Recht 305
- Beratungsvertrag 454, 462
  - eigener Ansatz 493, 497
- Bewachungsvertrag 415, 441, 445, 463
  - eigener Ansatz 499
- Beweisnähe 69, 87, 98, 486
- Brogisitter* 22, 26, 176, 210, 224, 511
  - Abgrenzungskriterien 401, 404
  - Rezeption 14
  - Sachverhalt und Entscheidung 12
- CISG 81
- culpa in contrahendo* 22, 405, 505, 507, *siehe auch* *Tacconi*
  - eigener Ansatz 494, 496
  - Erwägungsgrund 30 der Rom II-VO 425, 430, 434
  - *Ilsinger* 183
  - IPR 153
  - Jedermannspflichten 415
  - Leistungs- und Integritätsinteresse 450, 455, 465, 466
  - Rechtsgeschichte 260, 274
  - Rechtsvergleichung 391
    - Belgien 312
    - Frankreich 284
    - Italien 322
    - Niederlande 341
    - Österreich 351
    - Polen 330
    - Spanien 301

- reine Vermögensschäden und Sach- und Personenschäden 434
- *Reliantco Investments* 179
- transaktionsspezifische Pflichten 424, 427, 430
- *Wikingerhof* 23
  
- deutsches Zivilprozessrecht *siehe* autonomes, deutsches Zivilprozessrecht
- Doppelfunktionalität der Zuständigkeitsnormen 174, 503
- doppelrelevante Tatsachen 146, 207, 212
- Vorsatz 480
- Draft Common Frame of Reference (DCFR) 355
- Drittschadensliquidation 502
  
- eDate Advertising* 87
- Engler* 7, 8, 12, 449
- englisches Recht 47
- Erfolgsort *siehe* Tatort
- Erfüllungsort 80
- Beweisnähe 99
- doppelrelevante Tatsachen 219
- Vorhersehbarkeit 96
- Exklusivitätstheorie 26
  
- falsus procurator* 449, 492, 509
- forum non conveniens*-Lehre 54
- forum shopping* 70, 93
- französisches Recht 276
  
- Gabriel* 8, 178
- Generalklausel
- Historische Rechtsschule 261
- *lex Aquilia* 241, 249
- Naturrecht 250
- Rechtsvergleichung 358
- Gerichtsstand kraft Sachzusammenhangs *siehe* Zuständigkeit kraft Sachzusammenhang
- Geschädigtenprivileg 89
- Granarolo* 12, 405
  
- Handlungsort *siehe* Tatort
  
- Handte* 7, 8, 401, 449
- Holterman* 8, 13
  
- Integritätsinteresse 447
- italienisches Recht 314
  
- Kalfelis* 10, 16, 28, 176, 193, 511
- Abgrenzungskriterien 401
- Rezeption 12
- Sachverhalt und Entscheidung 11
- Kernpunkttheorie 192, *siehe auch* Streitgegenstandsbegriff
- Klägergerichtsstand 78
- Kumulationstheorie 27
  
- Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen *siehe* doppelrelevante Tatsachen
- Leistungs- und Integritätsinteresse 447
- lex Aquilia* 241, 248, 252, 261
  
- Mangelfolgeschäden 416, 435, 445
- eigener Ansatz 501, 502
- Leistungs- und Integritätsinteresse 454
- transaktionsspezifische Pflichten 428
- maximalistische Lesart 15
- minimalistische Lesart 16
  
- niederländisches Recht 336
- non-cumul* *siehe* Prinzip des *non-cumul*
  
- obligations de sécurité* 286
- ökonomischer Vertragsbegriff 425, 428
- Opferschutz 89
- österreichisches Recht 343
  
- polnisches Recht 326
- Präventivfunktion 245, 368, *siehe auch* Straffunktion
- Principles of European Tort Law (PETL) 353
- Prinzip des *non-cumul* 277, 278, 364
- Ausnahmen 288
- Hintergründe 377
- Übertragbarkeit auf die EuGVVO 395

- Qualifikation 111
    - Begriff 111
    - Doppelqualifikation 124
    - primäre und sekundäre 123
    - Qualifikationsgegenstand 120, 126
    - Qualifikationsmethode 112
  
  - Rechtsgeschichte 30, 233, *siehe auch*
    - Rechtsvergleich
  - Rechtshängigkeit 195, 201
    - Kernpunkttheorie 192
  - Rechtskraft 195, 202
  - Rechtssicherheit *siehe*
    - Vorhersehbarkeit
  - Rechtsvergleich 266, *siehe auch*
    - Vereinheitlichungsprojekte
  - belgisches Recht 305
  - englisches Recht 47
  - französisches Recht 276
  - italienisches Recht 314
  - niederländisches Recht 336
  - österreichisches Recht 343
  - polnisches Recht 326
  - spanisches Recht 297
- Reliantco Investments* 179, 182, 185, 406
- restriktive Auslegung 60
- 
- Sachwalterhaftung 496, 497
- Sachzusammenhang *siehe*
  - Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs
- Schutzpflichten 274, 363, 406, 416
  - Belgien 312
  - eigener Ansatz 474, 492
  - Frankreich 286
  - Italien 318
  - Leistungs- und Integritätsinteresse 450, 464
  - Niederlande 341
  - Österreich 349
  - Rechtsgeschichte 263
  - Rechtsvergleichung 381, 397
  - Spanien 304
  - transaktionsspezifische Pflichten 428
- Shevill* 87
- spanisches Recht 297
- 
- Straffunktion 368, 369, *siehe auch*
  - Präventivfunktion, *siehe auch* Adhäsionsverfahren
- Mittelalter 246, 248
- Neuzeit 254, 260
- römisches Recht 37, 239, 240
- Streitgegenstandsbegriff 190, 192, 194
- 
- Tacconi* 154, 404, 431, *siehe auch*
  - culpa in contrahendo*
- Tatort *siehe auch* Opferschutz
  - Beweisnähe 105
  - Erfolgsort 86
  - Handlungsort 86
  - Ubiquitätsprinzip 92
  - Vorhersehbarkeit 97
- 
- Ubiquitätsprinzip 92, *siehe auch* Tatort
- Unitätslehre 288, 289
- UN-Kaufrecht 81
- 
- Vereinheitlichungsprojekte
  - DCFR 355
  - PETL 353
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
  - eigener Ansatz 492
  - Frankreich 293
  - Integritätsinteresse 451
  - Normenwidersprüche (IPR) 156
  - Österreich 351
- Vertrag zugunsten Dritter 293
  - eigener Ansatz 492
- vertragsakzessorische Anknüpfung 346, 453
  - Art. 4 Abs. 3 S. 2 Rom II-VO 159
  - Art. 12 Abs. 1 Rom II-VO 426, 430
  - Kognitionsbefugnis am Vertragsgerichtsstand 177
- Vertragsbegriff, ökonomischer 425, 428
- Vertreter ohne Vertretungsmacht *siehe falsus procurator*
- Verwahrungsvertrag 441, 445, 460, 463
  - eigener Ansatz 499
- Vorhersehbarkeit 95, 486, 488
- Vorsatz *siehe* Arglist

vorvertragliche Haftung *siehe culpa in contrahendo*

*Wikingershof* 511

- Abgrenzungskriterien 401, 405, 493
- Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen 214
- Qualifikationsgegenstand 142
- Rezeption 22
- Sachverhalt und Entscheidung 20

Zuständigkeit kraft

Sachzusammenhangs 170, 184, 480, 485

– *Kalfelis* 12

Zuständigkeitsklarheit *siehe*

Vorhersehbarkeit

Zwischenbereich nach *Koziol* 346, 351, 389